

**Antrag der Fraktion DIE LINKE****Arbeitsmarktpolitik stärker für Alleinerziehende öffnen – Armutsbekämpfung konkret machen**

Alleinerziehende stellen für die Armutsbekämpfung eine strategisch bedeutsame Zielgruppe dar. Ihre soziale Lage hat sich jedoch in den zurückliegenden Jahren nicht verbessert. Mehr als die Hälfte der Alleinerziehenden mit minderjährigen Kindern bezieht im Land Bremen SGB-II-Leistungen (Sozialgesetzbuch). Ein Drittel aller armen Kinder und Jugendlichen leben in Alleinerziehenden-Haushalten. Zu über 90 % werden diese Haushalte von alleinerziehenden Müttern geführt.

Die Situation Alleinerziehender im Land Bremen ist besonders schlecht. 56 % aller Alleinerziehenden-Haushalte im Land Bremen sind im SGB-II-Bezug; das ist eine erheblich höhere Quote als in den anderen Stadtstaaten (Berlin: 47 %, Hamburg: 41 %). Während bundesweit etwa die Hälfte aller Alleinerziehenden im SGB-II-Bezug keine abgeschlossene berufliche Ausbildung hat, gilt dies im Land Bremen für zwei Drittel. Ein mindestens genauso großes Problem für Alleinerziehende ist die nicht ausreichend vorhandene Kinderbetreuung. Sie können Qualifizierungsmaßnahmen, Ausbildungen, Erwerbstätigkeit nur wahrnehmen, wenn eine entsprechende Kinderbetreuung gewährleistet ist. Deshalb muss hier flankierend diese Möglichkeit zur Verfügung gestellt werden.

Die arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen tragen der Bedeutung der Zielgruppe nicht in entsprechender Weise Rechnung. Im Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramm (BAP) sind keine maßnahmenbezogenen Zielzahlen für Alleinerziehende festgelegt. Mehrere Programme für Alleinerziehende sind in der Vergangenheit nicht fortgeführt worden, weil sie aus Bundesprogrammen finanziert waren, die im Übrigen auch ein Angebot zur Kinderbetreuung umfasst haben und deren Fortsetzung aus Landesmitteln der Senat ablehnte. Dadurch hat die Kontinuität der Strukturen und Netzwerke gelitten.

Erwerbslose Alleinerziehende mit Kindern unter drei Jahren sind nicht gezwungen, dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, und gelten daher statistisch nicht als arbeitslos. Damit ist aber auch die Motivation der Jobcenter oft gering, sich um diese spezielle Alleinerziehendengruppe zu kümmern; mitunter sind sogar Förderinstrumente nur denjenigen vorbehalten, die offiziell als arbeitslos zählen. Die Bedeutung von Alleinerziehenden für die Armutsbekämpfung wird nicht realistisch wiedergegeben, wenn diejenigen nicht mitgedacht werden, die SGB II beziehen, aber in der Statistik der Jobcenter zu arbeitslosen Alleinerziehenden nicht enthalten sind.

28 000 Menschen im Land Bremen sind alleinerziehend. 18 000 sind alleinerziehend mit minderjährigen Kindern. Fast 9 500 davon beziehen SGB-II-Leistungen. Nur ca. 3 750 davon tauchen in der Statistik der Jobcenter als arbeitslos auf.

Grundsätzlich besteht hier dringender Handlungsbedarf, der für die Gruppe der Alleinerziehenden Qualifizierung, Ausbildung und Erwerbstätigkeit in den Fokus rückt und dies mit entsprechenden Betreuungsmöglichkeiten flankiert.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen des Beschäftigungspolitischen Aktionsprogramms (BAP)
  - a) eigene Zielzahlen für die Teilnahme von Alleinerziehenden festzulegen und zu berichten;

- b) die Zielzahlen für Alleinerziehende nicht am Anteil Alleinerziehender an den Erwerbslosen, sondern am Anteil Alleinerziehender an den erwerbsfähigen SGB-II-Beziehenden zu orientieren;
  - c) mehr Programme vorzusehen, die sich speziell an die Zielgruppe der Alleinerziehenden und deren Qualifizierungs- und Ausbildungsbedarf richten;
  - d) mehr Programme vorzusehen, die sich speziell an die Zielgruppe der Alleinerziehenden mit Kindern unter drei Jahren richten;
  - e) auch Programme der Beschäftigungsförderung (gegebenenfalls mit begleitender Qualifizierung) für Alleinerziehende vorzusehen;
  - f) parallel zu den Arbeitsmarkt- und Qualifizierungsprogrammen die notwendige Kinderbetreuung zu gewährleisten.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, im Rahmen der Bremer Vereinbarungen und der Jugendberufsagenturen Maßnahmen zu vereinbaren, die mehr Ausbildungsangebote in Teilzeit vorsehen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr jährlich einen Bericht zur sozialen Lage von Alleinerziehenden im Land Bremen vorzulegen und dabei möglichst aktuelles Zahlenmaterial anzustreben.

Claudia Bernhard,  
Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE